

Gesellschaftsvertrag

§ 1 Firma und Sitz

- (1) Die Gesellschaft führt die Firma

Zoologischer Garten Halle GmbH
(im Folgenden: „Zoo“ oder „Gesellschaft“)

- (2) Sitz der Gesellschaft ist Halle (Saale).

§ 2 Gegenstand der Gesellschaft und Selbstlosigkeit

- (1) Gegenstand der Gesellschaft sind Betrieb und Verwaltung des Zoologischen Gartens Halle sowie die Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung.
- (2) Der Zoo beachtet hierbei im Besonderen die Bestimmungen der EG-Richtlinie 1999/22 des Rates vom 29.03.1999:
- a) Der Zoo beteiligt sich an europäischen und internationalen Forschungsaktivitäten, die zur Erhaltung bedrohter Arten beitragen, an der Ausbildung in erhaltungsspezifischen Kenntnissen und Fertigkeiten, am Austausch von Informationen über die Artenerhaltung, an internationalen Erhaltungszuchtprogrammen, auch mit dem Ziel der Bestandserneuerung oder der Wiedereinbürgerung von Arten in ihren natürlichen Lebensräumen.
 - b) Der Zoo als regionales Naturschutzzentrum fördert die Aufklärung und das Bewusstsein der Öffentlichkeit in Bezug auf den notwendigen Erhalt der biologischen Vielfalt, insbesondere durch Informationen über die zur Schau gestellten Arten und ihre natürlichen Lebensräume und durch gezielte, innovative Aktivitäten auf den Gebieten der Zoo- und Umweltpädagogik. Im Rahmen der Welt-, Zoo- und Aquarium-Naturschutzstrategie sammelt der Zoo Mittel für Naturschutzprojekte.
 - c) Der Zoo hält seine Tiere unter Bedingungen, mit denen den biologischen und den Erhaltungsbedürfnissen der jeweiligen Art Rechnung getragen werden soll, wozu unter anderem eine artgerechte Ausgestaltung der Gehege gehört, und er sorgt mit einem gut durchdachten Programm der tiermedizinischen Vorbeugung und Behandlung sowie der Ernährung dafür, dass die Tierhaltung und das Tiermanagement stets hohen Anforderungen, die auch den ethischen Grundsätzen des Weltverbandes der Zoos und Aquarien entsprechen, genügt.
Darüber hinaus fungiert der Zoo als Auffangstation für in Not geratene wildlebende einheimische Tiere und steht der Bevölkerung für alle tierschutzrelevanten Hilfeleistungen zur Verfügung.
- (3) Die Gesellschaft sichert die laufende Entwicklung nach modernen Erkenntnissen der Tiergartenbiologie in Übereinstimmung mit den Vorgaben zum Umgang mit der denkmalgeschützten Park- und Zooanlage mit dem Ziel, die traditionsreiche Kultureinrichtung der Stadt Halle (Saale) für kommende Generationen zu erhalten.
- (4) Zur Erreichung dieses Zwecks ist die Gesellschaft befugt, Unternehmen zu errichten, zu übernehmen, zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen, die geeignet sind, den Zweck der Gesellschaft zu fördern.

- (5) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich, unmittelbar und selbstlos gemeinnützige Zwecke im Sinne von § 52 der Abgabenordnung. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwandt werden. Die Gesellschafterin darf keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafterin auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Körperschaft erhalten.

Die Gesellschafterin erhält bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Körperschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

§ 3 Dauer und Geschäftsjahr

- (1) Die Dauer ist unbefristet.
- (2) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 4 Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt Sechszwanzigtausend EURO.

§ 5 Stammeinlagen

- (1) Auf das Stammkapital übernimmt die Stadt Halle (Saale) eine Stammeinlage von Sechszwanzigtausend EURO.
- (2) Die Stammeinlage wird in Geld erbracht. Die Stammeinlage ist in voller Höhe vor Anmeldung der Gesellschaft auf ein Konto der Gesellschaft einzuzahlen.
- (3) Der Wert eines Geschäftsanteils beträgt mindestens Zweihundertfünfzig EURO.

§ 6 Veräußerung und Übertragung von Geschäftsanteilen

Die Veräußerung und Übertragung von Geschäftsanteilen oder Teilen von Geschäftsanteilen sind möglich. Hierzu bedarf es der vorherigen Zustimmung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) und der Zustimmung von drei Vierteln der Gesellschafterversammlung.

§ 7 Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind:

- a) die Geschäftsführung.
- b) der Beirat.
- c) die Gesellschafterversammlung.

§ 8 Geschäftsführer

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Gibt es nur einen Geschäftsführer, vertritt er die Gesellschaft allein.
Mehrere Geschäftsführer vertreten die Gesellschaft gemeinschaftlich.
- (2) Der Geschäftsführer wird durch den Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale) bestellt und abberufen. Der Beirat kann dazu Vorschläge unterbreiten.

§ 9 Geschäftsführung

Der Geschäftsführer bedarf zu allen über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb der Gesellschaft hinausgehenden Geschäften der vorherigen Zustimmung des Beirats.

Zustimmungsbedürftig sind insbesondere:

- a) Veräußerung des Unternehmens im Sinne des § 6 als Ganzes oder von Teilen desselben,
- b) Errichtung oder Aufgabe von Unternehmen und Zweigniederlassungen,
- c) Erwerb, Belastung und Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
- d) Abschluss, Änderung oder Beendigung von Miet- oder Pachtverträgen, bei denen die Miete oder der Pachtzins jährlich Siebentausendfünfhundert EURO übersteigt,
- e) Verzicht von Ansprüchen der Gesellschaft, Führung von Rechtsstreitigkeiten und Abschluss von Vergleichen, soweit der Wert von Siebentausendfünfhundert EURO überschritten wird,
- f) Ausgaben von investiven Einzelmaßnahmen außerhalb des Wirtschaftsplanes, die Sechszwanzigtausend EURO übersteigen,
- g) Bestellung von Handlungsbevollmächtigten,
- h) Einstellung und Entlassung von Mitarbeitern ab Vergütungsgruppe Ib oder entsprechender Vergütung.

§ 10 Beirat

- (1) Die Gesellschaft hat einen Beirat. Er besteht aus dem Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale), aus zwei von ihm bestimmten hauptamtlichen Mitarbeitern der Stadt Halle sowie aus fünf auf Vorschlag der Fraktionen des Gemeinderates entsandten Vertretern, die nicht Stadträte sein müssen.
- (2) Vorsitzender ist der Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale). Er kann sich durch einen von ihm bestimmten Beigeordneten vertreten lassen.
- (3) Alle Erklärungen des Beirats werden von seinem Vorsitzenden und bei dessen Verhinderung von seinem Vertreter abgegeben.
- (4) Der Beirat bestimmt auf Vorschlag des Geschäftsführers einen Schriftführer. Das Ergebnisprotokoll ist vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen.
- (5) Die Mitglieder des Beirats üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

- (6) Mitglieder des Beirats können weder Geschäftsführer oder stellvertretende Geschäftsführer noch Handlungsbevollmächtigte der Gesellschaft sein.
- (7) Für die Teilnahme an Sitzungen erhalten Stadträte ein Sitzungsgeld. Die Höhe wird von der Gesellschafterversammlung nach den dafür geltenden Bestimmungen der Stadt Halle (Saale) festgelegt. Auf dieser Grundlage erfolgt ebenso die Erstattung von Tagegeldern, Spesen und dergleichen.

§ 11 Amtszeit der Mitglieder des Beirats

- (1) Für Stadträte dauert die Amtszeit als Mitglied des Beirats längstens fünf Jahre und endet mit Ablauf der Wahlperiode.
- (2) Die Amtszeit als Mitglied des Beirats beginnt oder endet durch schriftliche Mitteilung an den Geschäftsführer und tritt mit dem Zugang der Mitteilung ein.

§ 12 Geschäftsordnung des Beirats

- (1) Der Beirat gibt sich eine Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung ist in zwei Exemplaren vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen.
- (2) Ein unterzeichnetes Exemplar der Geschäftsordnung ist der Geschäftsführung zur dauernden Aufbewahrung bei den Schriften der Gesellschaft zu übergeben. Ein weiteres Exemplar verwahrt der Schriftführer. Jedes Mitglied erhält eine Abschrift der Geschäftsordnung.

§ 13 Aufgaben, Rechte und Pflichten des Beirats

- 1) Zustimmungen gemäß § 9 dieses Gesellschaftsvertrages.
- 2) Aufsichtsrecht über alle wesentlichen Angelegenheiten der Gesellschaft.
- 3) Prüfung und Genehmigung des vom Geschäftsführer aufgestellten Wirtschaftsplanes.
- 4) Prüfung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes.
- 5) Berichterstattung an die Gesellschafterversammlung.
- 6) Genehmigung des vom Geschäftsführer aufgestellten Entwicklungskonzeptes.
- 7) Zustimmung zur Bestellung von Handlungsbevollmächtigten.

§ 14 Sitzungen des Beirats

- (1) Die Sitzungen des Beirats werden vom Geschäftsführer im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden schriftlich einberufen.
- (2) Zwischen der Absendung der Einladung und dem Tag der Versammlung müssen mindestens zehn Tage liegen. In dringenden Fällen kann der Vorsitzende oder der Geschäftsführer die Einladungsfrist bis auf drei Tage verkürzen oder mündlich einberufen.

§ 15 Beschlüsse des Beirats

- (1) Der Beirat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.
- (2) Eine Vertretung von Beiratsmitgliedern, mit Ausnahme des Vorsitzenden gemäß § 10 Abs. 2, ist nicht zulässig.
- (3) Ein verhindertes Beiratsmitglied kann sein Stimmrecht auf ein anderes Beiratsmitglied übertragen. Er hat diesem Mitglied eine schriftliche Vollmacht zu erteilen. Diese kann mit Weisungen zur Ausübung des Stimmrechtes versehen werden.
- (4) Jedes Mitglied des Beirats hat eine Stimme. Beschlüsse werden, soweit nicht anders vorgeschrieben, mit einfacher Mehrheit gefasst.
Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 16 Teilnahme des Beirats an Gesellschafterversammlungen

Die Mitglieder des Beirats können an Gesellschafterversammlungen teilnehmen. Ihnen ist auf ihr Verlangen das Wort zu erteilen.

§ 17 Gesellschafterversammlung

- (1) Die Gesellschafterversammlung besteht aus den Gesellschaftern.
Jeder Gesellschafter kann seine Stimmen nur einheitlich abgeben.
- (2) Die Einberufung der Gesellschafterversammlung erfolgt durch den Geschäftsführer mittels eingeschriebenen Brief unter Angabe von Ort, Tag, Zeit und Tagesordnung mit einer Frist von mindestens zwei Wochen bei ordentlichen Gesellschafterversammlungen und mit einer Frist von einer Woche bei außerordentlichen Gesellschafterversammlungen.
- (3) Die Gesellschafterversammlung ist nur beschlussfähig, wenn mindestens 50 % des Stammkapitals vertreten sind. Sind weniger als 50 % des Stammkapitals vertreten, ist unter Beachtung von Abs. 2 unverzüglich eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen. Diese ist ohne Rücksicht auf das vertretene Stammkapital beschlussfähig, falls hierauf in der Einberufung hingewiesen wird.
- (4) Eine ordentliche Gesellschafterversammlung, die über den Jahresabschluss beschließt, findet jährlich in den ersten sechs Monaten des Jahres statt, das auf das abgeschlossene Geschäftsjahr folgt.
- (5) Die Gesellschafterversammlung findet am Sitz der Gesellschaft statt. Den Vorsitz hat der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt Halle (Saale). Er kann einen Beamten oder Arbeitnehmer der Gemeinde mit seiner Vertretung beauftragen.
- (6) Über jede Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, aus der sich die Verhandlungsgegenstände, die Anträge, die Ergebnisse und der Wortlaut der Beschlüsse ergeben.

§ 18 Gesellschafterbeschlüsse

- (1) Gesellschafterbeschlüsse werden in Versammlungen gefasst.
- (2) Gesellschafterbeschlüsse werden, soweit nicht anders vorgeschrieben, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Stimmenthaltungen zählen als Nein-Stimmen.
- (3) Ein Beschluss zur Vertragsänderung bedarf einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen.
- (4) Die Auflösung der Gesellschaft bedarf der vorherigen Zustimmung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) und einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen.

§ 19 Aufgaben der Gesellschafterversammlung

Der Bestimmung der Gesellschafterversammlung unterliegen:

- 1) die Erhaltung und die Sicherung der zukünftigen Entwicklung des Zoos.
- 2) die Sicherung und rechtzeitige Zahlung von Zuschüssen durch die Gesellschafter, in der ersten Dekade des Monats Januar für das erste Halbjahr des laufenden Geschäftsjahres und in der letzten Dekade des Monats Juni für das zweite Halbjahr des laufenden Geschäftsjahres.
- 3) die Bestellung des Gründungsgeschäftsführers.
- 4) die Bestätigung der Geschäftsordnung des Beirats.
- 5) die Feststellung des Jahresabschlusses und des Wirtschaftsplanes.
- 6) die Bestellung des Abschlussprüfers.
- 7) die Entlastung des Beirats und des Geschäftsführers.
- 8) die Änderung des Gesellschaftsvertrags.
- 9) die Gründung, der Erwerb, die Veräußerung sowie Verpachtung anderer Unternehmen, von Teilen von Unternehmen, von Beteiligungen, Umwandlung und Verschmelzung der Gesellschaft sowie Abschluss von Unternehmensverträgen.

§ 20 Wirtschaftsplan und Jahresabschluss

- (1) Der Geschäftsführer hat spätestens zum vierten Quartal des laufenden Geschäftsjahres einen Wirtschaftsplan, bestehend aus Finanz-, Investitions- und Stellenplan, für das Folgejahr zu erstellen und ihn dem Beirat zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Wirtschaftsplan ist von der Gesellschafterversammlung im Rahmen des Haushaltsplanes der Stadt Halle (Saale) zu bestätigen.
- (2) Die Geschäftsführung hat nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches innerhalb der ersten drei Monate eines Geschäftsjahres den Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang) für das vorangegangene Geschäftsjahr und einen Lagebericht aufzustellen.

- (3) Zwei Wochen nach Eingang des Prüfungsberichts hat der Geschäftsführer den Jahresabschluss zusammen mit einem ergänzenden Geschäftsbericht der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.
- (4) Soweit die Gewinn- und Verlustrechnung im Rahmen des Wirtschaftsplanes einen negativen Saldo aufweist, wird dieser von den Gesellschaftern im Verhältnis der Anteile ausgeglichen.
- (5) Die Gesellschafterversammlung hat das Recht auf Anordnung einer Betriebsprüfung. Mit der Betriebsprüfung kann ein Wirtschaftsprüfer oder eine Einrichtung eines Gesellschafters beauftragt werden.
- (6) Der an den Abschlussprüfer erteilte Prüfauftrag hat sich auch auf die Aufgaben nach § 53 Abs. 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) zu erstrecken.
- (7) Die Rechnungsprüfungsbehörden der an der Gesellschaft beteiligten Gebietskörperschaften sind im Sinne des § 54 HGrG berechtigt, zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 44 HGrG auftreten, sich unmittelbar zu unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften der Gesellschaft einzusehen.

§ 21 Auflösung, Liquidation

Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zweckes fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen übersteigt, an die Stadt Halle (Saale) in ihrer Eigenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts zur ausschließlichen Verwendung für gemeinnützige Zwecke.

§ 22 Schlussbestimmungen

Die Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen lässt die Wirksamkeit des Gesellschaftsvertrages im Übrigen unberührt, soweit Treu und Glauben dem nicht zwingend entgegenstehen.

§ 23 Gründungsaufwand

Die Gründungskosten trägt die Gesellschaft bis zu 3.000,00 DM. Den darüber hinausgehenden Betrag trägt der Gründungsgesellschafter.

§ 24 Allgemeines

Soweit nicht anders vorgeschrieben, erscheinen alle Bekanntmachungen im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).

Halle (Saale),

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale)

Bescheinigung gemäß § 54 Absatz 1 Satz 2 GmbHG

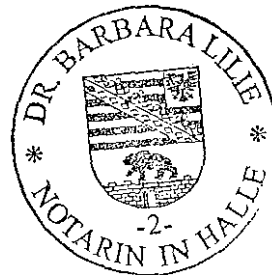
Die in diesem Gesellschaftsvertrag geänderten Bestimmungen stimmen mit den am 10. November 2008 zu meiner UR-Nr. 1642/2008 protokollierten Beschlüssen über die Änderung des Gesellschaftsvertrages und die unveränderten Bestimmungen mit dem zuletzt zum Handelsregister eingereichten vollständigen Wortlaut des Gesellschaftsvertrages überein.

Halle, den 13. November 2008

OKL

Dr. Barbara Lilie

Notarin



Vorstehende Kopie stimmt mit der mir vorgelegten Urschrift/Ausfertigung/beglaubigten Kopie überein, was ich hiermit beglaubige.

Halle, den 05.12.2008


Dr. Barbara Lilla
Notarin

